Frankreich

FLORENCE DELOCHE-GAUDEZ / CHRISTIAN LEQUESNE

In Frankreich löste der Übergang zum Euro 2002 teilweise paradoxe Diskussionen aus, sowohl über eine bessere europäische Koordination der Wirtschaftspolitik als auch über eine Flexibilisierung der Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Frühjahr 2002 riefen das Thema Europa auf den Plan, ausgelöst vor allem durch den rechtsextremen Präsidentschaftskandidaten Jean-Marie Le Pen, der für einen Austritt Frankreichs aus der Europäischen Union (EU) plädierte. Doch weder die Pläne zur institutionellen Reform noch zur Osterweiterung der EU führten in Frankreich zu hitzigen gesellschaftlichen Debatten. Sowohl die rechte als auch die linke Teil der Kohabitation legte bei diesen Themen eher pragmatische Vorsichtshaltung als prägende Initiative an den Tag.

Der Euro und die Wirtschaftsregierung

Der Übergang zum Euro am 1. Januar 2002 wurde von einem Großteil der Franzosen positiv aufgenommen. Der französische Franc war bis 17. Februar neben dem Euro gültig. Im Juni 2002 befanden einer IPSOS-Umfrage zufolge 63% der Franzosen den Euro für gut, 37% vermissten den Franc. Laut derselben Umfrage wünschten sich 42% der Befragten jedoch die Beibehaltung der doppelten Preisauszeichnung in Euro und in Franc bis Ende 2002. 33% gaben an, dass es noch viele Jahre dauern werde, bis sie die Preise nicht mehr in Franc umrechneten.

Der Übergang zur Einheitswährung wurde in der Politik mit Reden zur Stärkung des Bereiches Wirtschaft in der Wirtschafts- und Währungsunion begleitet. In seiner Rede über die Zukunft eines erweiterten Europas vom 28. Mai 2001 rief Lionel Jospin zur Schaffung einer „Wirtschaftsregierung der Euro-Zone" auf, die vor allem einen Konjunktur-Aktionsfonds zur Unterstützung aller von den Schwierigkeiten der Weltwirtschaft betroffenen Mitgliedsländer umfassen soll. Ferner stufte der sozialistische Premierminister den Kampf gegen das Steuerdumping als wichtigste Aufgabe der EU ein. Präsident Jacques Chirac sprach sich in seiner Rede zu Europa am 6. März 2002 in Straßburg ebenfalls für eine „Wirtschaftsregierung Europas" auf Grundlage einer besseren Integration der Europäischen Zentralbank in die Wirtschaftspolitik aus. Darüber hinaus äußerte er seinen Wunsch nach einer echten Harmonisierung der europäischen Steuerpolitik, vor allem im Hinblick auf die Besteuerung von Spar- und Unternehmenserträgen.[1] Trotz dieser Reden zugunsten einer besseren Koordinierung der Wirtschaftspolitik gerieten der scheidenden sozialis-

tischen Regierung dennoch die öffentlichen Finanzen aus dem Gleichgewicht. Die im Frühjahr 2002 gewählte rechte Regierung (siehe nächster Abschnitt) äußerte sich detailliert zur Rückkehr zur Einhaltung des Wachstums- und Stabilitätspakts. Obwohl Jacques Chirac sich vor dem Europäischen Rat von Barcelona verpflichtet hatte, das Gleichgewicht in den öffentlichen Finanzen bis zum Jahre 2004 wie im Wachstums- und Stabilitätspakt gefordert wieder herzustellen, erreichte Finanzminister Francis Mer vor dem Ecofin-Rat in Madrid im Juni 2002, dass diese Verpflichtung an ein bestimmtes Wachstumsniveau angeglichen wird. Seither kann man sich fragen, über welche Möglichkeiten die Mitte-Rechts-Regierung tatsächlich verfügt, vor allem in Anbetracht der versprochenen Senkung der direkten Steuern und Abgabelasten ab 2002, um die Wählerschaft zufrieden zu stellen.

Europa im Wahljahr 2002

Anfang 2002 stand Frankreich im Zeichen der Wahlen: die Präsidentschaftswahl im April-Mai und die der Parlamentswahl im Juni. Die Präsidentschaftswahl war von der überraschenden Niederlage des Kandidaten der sozialistischen Partei (PS), Lionel Jospin, in der ersten Runde (16,18% der Stimmen) gegen den Rechtsextremen Jean-Marie Le Pen (16,86% der Stimmen) geprägt, der mit dem Amtsinhaber Jacques Chirac (19,88% der Stimmen) bis zur zweiten Runde im Rennen geblieben war. Der Erfolg von Jean-Marie Le Pen war zum einen ein deutliches Zeichen dafür, dass ein Teil der französischen Wähler die traditionellen Parteien ablehnt, vor allem die unteren Bevölkerungsschichten. Zum anderen zeigte dies aber auch eine große Besorgnis über das nicht weiter definierte Thema Sicherheit (mehr noch als die Immigration). Nichtsdestotrotz war dieser Erfolg ein Schock für die Mehrheit der Franzosen: zum ersten Mal seit Ende des Zweiten Weltkrieges trug eine rechtsextreme Partei den Sieg über eine linke davon. Dank der beispiellosen Mobilisierung der linken Wählerschaft gegen den Rechtsextremismus wurde Jacques Chirac in der zweiten Runde mit 82,21% der Stimmen wiedergewählt, Jean-Marie Le Pen 17,79%.

Die Parlamentswahlen einige Wochen später festigten die Position des Präsidenten, da sich die „Union pour la Majorité Présidentielle" (UMP) die absolute Mehrheit (365 Sitze von 517) in der Nationalversammlung sicherte. Die UMP ist eine neue Partei, die sich aus der ehemaligen neogaullistischen Partei RPR, der Liberalen Partei (DL) und zum Teil der konservativen Zentrumspartei (UDF) zusammensetzt. Zu den Sitzen der UMP kommen noch 22 Sitze hinzu: einige Abgeordnete der UDF waren den Anweisungen ihres Parteivorsitzenden, François Bayrou, der UMP nicht beizutreten, gefolgt.

Die sozialistische Partei (PS) und die kommunistische Partei (PC) mussten herbe Einbußen im Parlament hinnehmen. Sie sind mit nur mehr 163 Abgeordneten in der neuen Versammlung vertreten. Nach fünf Jahren Kohabitation regiert nun die UMP mit einer deutlichen Mehrheit. Der Premierminister, Jean-Pierre Raffarin, erhielt den Auftrag, eine Politik der Prioritäten zu definieren. Präsident Chirac entschied sich nach gründlichen Überlegungen im Hinblick auf die öffentliche Meinung für

Jean-Pierre Raffarin. In der Wahlkampagne verkörperte Jean-Pierre Raffarin ein Profil, das sich von dem der üblichen politischen Elitegruppen deutlich unterscheidet. Der neue Premierminister schloss eine Handelsschule ab und begann seine berufliche Laufbahn in einem Unternehmen. Schließlich behauptete er sich erfolgreich an der Spitze der westfranzösischen Region Poitou-Charente in der Politik.

Auch wenn die Franzosen den Euro gut aufnahmen und der Konvent die Frage einer künftigen Verfassung für die EU diskutiert, wurde das Thema Europa im Wahlkampf ausgespart. Das ist aber auch nichts Neues und hat mehrere Gründe. Zunächst bildet die Trennung in Rechts-Links auch weiterhin die grundlegende Struktur des politischen Lebens in Frankreich, was sich eher ungünstig auf die Debatte auswirkt, da das Thema Europa die Politiker in Frankreich immer noch entzweit. Zweitens rühmten sich weder Jacques Chirac noch Lionel Jospin als Vertreter der Exekutive sonderlich großer Bemühungen auf europäischer Ebene, auch nicht als Präsidentschaftskandidaten. Drittens darf man den starken Druck der Rechts- und Linksextremen nicht vergessen, die eine ganz und gar gegensätzliche Meinung zur europäischen Integration vertreten und in der ersten Runde der Präsidentschaftswahl ein Drittel der Stimmen erhielten. Diese Tatsache hielt die traditionellen Parteien davon ab, das Thema Europa weiter zu vertiefen.[2] Und schließlich hatte sich François Bayrou als einziger Kandidat dazu entschlossen, sein Engagement für ein föderales Europa nach außen hin zu zeigen. Bei der Neubildung der UMP um Jacques Chirac geriet er in die Außenseiterrolle, obwohl sein Stimmenanteil bei der Präsidentschaftswahl im Vergleich zu den Umfragen sehr beachtlich war (6,84% der Stimmen).

Folglich gingen die beiden Kandidaten der Rechten und der Linken, Chirac und Jospin in der ersten Runde der Präsidentschaftswahl das Thema vorsichtig an. Sie benutzten den ungenauen Ausdruck einer „Föderation von Nationalstaaten",[3] den Jacques Delors geprägt hatte. Als Chirac und Jospin ihre Wirtschafts- und Sozialprogramme vorstellten, übergingen sie oft das Stichwort Europa. Der Vorschlag Chiracs einer 30prozentigen Steuersenkung hätte sich sowohl auf die Staatsverschuldung Frankreichs, als auch auf seine Verpflichtungen gegenüber der Euro-Zone ausgewirkt. Das kümmerte während des Wahlkampfs jedoch niemanden.

Während des Wahlkampfs hatte man beizeiten das Gefühl, das Thema Europa liege einzig und allein in den Händen seiner Gegner. Jean-Marie Le Pen ging in seiner Ablehnung sogar soweit, den Austritt Frankreichs aus der EU zu fordern. Ein Vorschlag, den bisher noch kein französischer Euroskeptiker vor ihm zu äußern gewagt hatte. Durch diese radikale Ansicht Le Pens konnten sich die Franzosen zwischen den beiden Wahlrunden der Präsidentschaftswahl ernsthaft Gedanken machen, was ein Austritt Frankreichs aus der EU tatsächlich bedeuten würde und welche Vorteile Frankreich wiederum dank seiner Mitgliedschaft von mehr als einem halben Jahrhundert genießen konnte. In gewisser Weise hatte es Le Pen ermöglicht, sich über die Vorteile der gemeinsamen Währung gegenüber der Abwertungen des Francs in der Vergangenheit klar zu werden und sich vorzustellen, welche Folgen eine Abschaffung der Grenzzölle für die Verbraucher bzw. eine Aufhebung jeglicher Unterstützung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und der Regio-

nalpolitik für die wirtschaftliche Entwicklung Frankreichs hätten. Dies sind zahlreiche Vorteile, die die Mehrheit der Franzosen plötzlich doch zu schätzen weiß.

Das Hauptproblem der traditionellen Parteien in Frankreich in Bezug auf Europa war ihre Unfähigkeit, eine klare Linie in der Globalisierung zu zeigen. Die Stimmen für die extreme Rechte und die extreme Linke beweisen, dass ein beachtlicher Teil der französischen Gesellschaft Europa noch als Träger einer neoliberalen Ideologie sieht. Dies zeigt deutlich, dass die Hauptsorge der Franzosen im Hinblick auf ihre Zukunft nicht das Ende des Nationalstaats, sondern des Sozialstaats ist. Weder Jacques Chirac noch Lionel Jospin konnten überzeugende Antworten liefern. Niemand hatte deutlich gemacht, dass sich gerade im europäischen Rahmen einige Probleme, wie zum Beispiel die Zukunft des Rentensystems, das Gesundheitswesen oder auch die öffentlichen Aufwendungen im Erziehungswesen langfristig besser lösen ließen. Um so erstaunlicher mutet an, dass kein Politiker während des Wahlkampfs eine verstärkte Beratung mit anderen europäischen Ländern – vor allem mit Deutschland – gefordert hatte, deren Bevölkerung sich ebenfalls Gedanken über die Zukunft des Sozialstaats im Kontext der Globalisierung machen.

Beitrittsverhandlungen und Gemeinsame Agrarpolitik

Die Beitrittsverhandlungen wirkten sich nicht gerade günstig auf die deutsch-französischen Beziehungen aus. Bei zwei heiklen Themen der vergangenen Monate – dem Umfang der Osterweiterung 2004 und der Ausdehnung der Gemeinsamen Agrarpolitik auf die Beitrittskandidaten – befanden sich Deutschland und Frankreich nicht immer auf der gleichen Wellenlänge.

Als sich im Herbst 2001 das von Kommissar Günter Verheugen erstellte Strategiepapier der Kommission zugunsten von Abschlussverhandlungen mit den zehn Ende 2002 für geeignet erscheinenden Beitrittskandidaten äußerte, zeigte sich der französische Außenminister verärgert. Daraufhin folgte eine Erklärung zugunsten der „Big-Bang"-Erweiterung, die alle zwölf Beitrittskandidaten umfasste. Im November 2001 verlangte Hubert Védrine, man solle sich Gedanken machen über „den Nachteil, zwei Länder außen vor zu lassen". Damit meinte er Bulgarien und Rumänien.[4] In französischen Kreisen war man der Ansicht, die Analyse der Kommission basiere entweder auf objektiven Kriterien, also auf „eigenen Verdiensten" eines jeden Beitrittskandidaten. Folglich wäre es schwierig, bereits im November 2001 zu wissen, welche Kandidaten Ende 2002 noch vor Abschluss aller Kapitel bereit sein werden. Oder aber sie resultiere aus politischen Betrachtungen: in diesem Fall könne die Erweiterung ohne weiteres alle 12 Beitrittskandidaten umfassen.

Im Dezember 2001 griff der Europäische Rat in Laeken dennoch den Ansatz der Kommission auf und nannte ausdrücklich die zehn Beitrittskandidaten, die Ende 2002 „bereit" sein könnten. Die Vertreter Frankreichs schlossen sich aus drei gründen doch dieser Erklärung an. Erstens bestätigt sie wieder das Prinzip der Differenzierung, das Steckenpferd der Franzosen. Der Abschluss der Verhandlungen mit

den zehn Beitrittskandidaten ist eindeutig bedingt durch die Beibehaltung des „derzeitigen Tempos der Verhandlungen und der Reformen in den Beitrittsländern."[5] Die Tatsache, dass diese zweite Bedingung durch Präsident Chirac selbst in seiner Pressekonferenz[6] als „sehr wichtiger Zusatz" bezeichnet wurde, zeigt, dass Frankreich sehr an einem Anknüpfen am Gemeinschaftlichen Besitzstand (acquis communautaire) gelegen ist, und zwar nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten. Das ist die Bedingung für einen weiteren ehrgeizigen Aufbau Europas, der sich nicht auf eine bloße Freihandelszone beschränken soll.

Zweitens wurden Bulgarien und Rumänien – die Frankreich traditionell nahe stehen, nicht außer Acht gelassen. Die Staats- und Regierungschefs verschrieben sich dem Ziel, „im Jahre 2002 Verhandlungen über alle Kapitel mit diesen Ländern zu beginnen." Die beiden Staaten sollten nicht marginalisiert werden. Vor allem das frankophone Rumänien liegt Paris sehr am Herzen. Zudem sollen Länder im schwierigen Transformationsprozess nicht entmutigt werden.

Der dritte und letzte Grund ist folgender : Die Vertreter Frankreichs verfolgten zu jener Zeit andere Prioritäten. Valéry Giscard d'Estaing sollte an die Spitze des künftigen Konvents über die Zukunft Europas gesetzt werden. Auf der Pressekonferenz zum Anschluss des Europäischen Rats in Laeken schnitten weder der Präsident noch der Premierminister von sich aus das Thema EU-Erweiterung an. Es bedurfte der Nachfrage eines Journalisten.[7]

Diese Vorsichtshaltung Frankreichs bezüglich eines endgültigen Abschlusses der Verhandlungen könnte auch mit den Schwierigkeiten zusammenhängen, die sich bereits im Kapitel Landwirtschaft zeigten. Hier stellt sich die Frage, ob den Beitrittskandidaten Direkthilfen gewährt werden, die die Landwirte der Europäischen Union derzeit erhalten. Vertreter der Beitrittskandidaten sind der Ansicht, dass sie ab dem Tage ihres Beitritts volles Anrecht auf diese Unterstützung hätten, um Wettbewerbsverzerrung sowie eine ungleiche Behandlung alter und neuer Mitgliedstaaten zu vermeiden. Anfang 2002, als die Kommission ihre ersten Vorschläge zur Finanzierung der EU-Erweiterung bekannt gab, schätzten einige Mitgliedstaaten, dass die Finanzpläne für die Jahre 2000-2006 keine Zahlungen von Direkthilfen vorhersähen, und dass es demzufolge auch keinen Grund gebe, den neuen Mitgliedstaaten diese vor 2006 zu gewähren. Frankreich hielt hingegen an dem von der Kommission ausgearbeiteten Kompromiss einer schrittweisen Einführung (den Landwirten der neuen Mitglieder sollten ab 2004 nur 25% der Direktzahlungen zustehen, mit einer Steigerung des Subventionssatzes auf 100% bis zum Jahre 2013) der Direktzahlungen („phasing-in") fest. Dies hätte für Frankreich den Vorteil, die Direkthilfen in ein Element des landwirtschaftlichen Status quo zu verwandeln.

Die gemeinsame Position der EU in der Landwirtschaft vom Juni 2002 bestätigt zwar dieses Prinzip,[8] löst aber nicht die Frage der konkreten Beitragsmodalitäten für die Beitrittskandidaten, vor allem aus deutscher Sicht. Im Gegensatz zu Frankreich möchte Deutschland ein gemeinsames Positionspapier zu diesem Thema an eine Überprüfung nach der Hälfte der Zeit (mid term review) der GAP binden. Berlin möchte die Gesamtkosten der Direktzahlungen neu berechnen. Die Eröffnung der Verhandlungen über die Direkthilfen mit den Beitrittskandidaten hängt

derzeit also von der Reaktion Deutschlands auf die ersten Reformvorschläge der GAP ab, die die Kommission Ende Juni 2002 vorlegen wird. In jedem Fall zeigte sich Präsident Chirac auf dem Europäischen Rat von Sevilla zuversichtlich, dass sich bei den Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und Frankreich in den Fragen der Landwirtschaft „geeignete Lösungen" nach den Wahlen in Deutschland im Herbst finden würden.[9]

Letztendlich könnten die Beitrittsverhandlungen trotz des Prinzips der Trennung interner und externer Ziele die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik durchaus beeinflussen, von der die Franzosen bisher am meisten profitieren. Vor diesem Hintergrund sind im Herbst deutsch-französische Auseinandersetzungen zu befürchten. Deutschland ist dieses Mal nicht an die Forderungen der EU-Präsidentschaft gebunden, wie es im März 1999 beim Europäischen Rat in Berlin der Fall war.

Frankreichs Politiker widmen sich zwar dem Thema Landwirtschaft, bereiten ihre Bevölkerung jedoch nicht hinreichend auf den Beitritt neuer Mitgliedstaaten vor. Gemäß den Umfrageergebnissen von „Eurobarometer" im Frühjahr 2002 ist Frankreich das einzige Land, in dem es mehr Gegner der EU-Erweiterung als Befürworter gibt.[10] Ähnlich beunruhigend ist die Tatsache, dass die große Mehrheit der europäischen Bürger (64%) noch nie von dem Konvent über die Zukunft Europas gehört hat, der vor allem das reibungslose Funktionieren einer erweiterten Union garantieren soll.[11]

Europäischer Konvent und französischer Pragmatismus

Die Einrichtung einer Versammlung zur Zukunft Europas, die nun „Europäischer Konvent" genannt wird, war keine Idee Frankreichs. Auf dem Europäischen Rat von Nizza im Dezember 2000 gab Deutschland den Anstoß, dem neuen Vertrag eine Erklärung zur Zukunft Europas beizufügen. Gemäß dieser Erklärung soll dieses Gremium die nächste für 2004 geplante Regierungskonferenz vorbereiten. Auch den französischen Politikern ist schließlich bewusst geworden, dass das Prinzip der Regierungskonferenzen an seine Grenzen stößt. Sie sprachen sich letztendlich für die Ausarbeitung grundlegender Rechtstexte in der Union aus.

Zunächst sollte in Frankreich eine „größere" Debatte über die Zukunft der Union stattfinden, um denjenigen Paroli zu bieten, die die Haltung der französischen Politiker nach dem Europäischen Rat von Nizza kritisierten. Vor allem auf regionaler Ebene wurden während des Sommers 2001 unterschiedliche Diskussionsforen organisiert. Eine zehnköpfige Arbeitsgruppe erarbeitete unter Leitung von Professor Guy Braibant (Vertreter Frankreichs im Konvent) Empfehlungen, die als Bericht den französischen Behörden übergeben wurden.[12]

Als es darum ging, im Herbst 2001 das Mandat für den Konvent über die Zukunft Europas zu definieren, zeigten die Franzosen anfangs Zurückhaltung. Zur Verteidigung der Vorrechte des Außenministers sprach sich Hubert Védrine mehrfach dafür aus, die Arbeitsgebiete des Konvents relativ stark auf das Thema Arbeit (die „vier Punkte" der dem Vertrag von Nizza beigefügten Erklärung) und das „Endprodukt" einzugrenzen (nicht die Vorbereitung eines „Einzeltextes", sondern

das Unterbreiten von „Optionen" an die Regierungskonferenz).[13] Doch weder der französische Staatspräsident noch der Premierminister schienen diese Ansicht zu teilen. Da es sich insbesondere um ein äußerst umfassendes Mandat handelte, das auf dem Europäischen Rat von Laeken verabschiedet wurde, wollte man sich die deutsch-französische Erklärung über die Prioritäten in Europa zum Vorbild nehmen, die im November 2001 in Nantes verabschiedet wurde. In beiden Texten wurde der Gedanke einer europäischen Verfassung ernsthaft verfolgt.

Das von der belgischen Ratspräsidentschaft vorbereitete Abkommen zur „Erklärung von Laeken über die Zukunft der Europäischen Union" erklärt sich aus französischer Sicht mit einer anderen Priorität: Valéry Giscard d'Estaing sollte Präsident des Konvents werden. Da Giscard d'Estaing kurz mit dem Gedanken an eine erneute Kandidatur für die Wahl zum Staatspräsidenten gespielt hatte, konnte er sich der vollen Unterstützung Chiracs auf europäischer Ebene gewiss sein. Dieser hatte selbstverständlich größtes Interesse daran, einen „potentiellen Störenfried nach Brüssel ins Exil zu schicken."[14] Auf dem Europäischen Rat von Laeken sprachen mehrere Gründe für Valéry Giscard d'Estaing. Zunächst sein europaweit hohes Ansehen und die Kontakte, die er zuvor in Deutschland über seinen Freund Helmut Schmidt geknüpft hatte. Zweitens die Tatsache, dass Jacques Delors nicht kandidierte (so konnte Jospin den einzigen offiziellen Kandidaten Frankreichs unterstützen). Drittens stand der Kandidatur von Giuliano Amato die Tatsache im Weg, dass sich bereits ein Italiener an der Spitze der Europäischen Kommission befindet. Dennoch sperrten sich eine Reihe kleinerer Länder, darunter Belgien, gegen den Vorsitz von Valéry Giscard d'Estaing, sodass der belgische Ratspräsident schließlich vorschlug, zwei stellvertretende Vorsitzende zu nominieren: den italienischen Sozialisten Giuliano Amato und den belgischen Christdemokraten Jean-Luc Dehaene.

Seit der Konvent im Februar 2002 seine Arbeit aufgenommen hat, ist es schwierig, die französische Position zu definieren. Hierfür mag es zwei Gründe geben. Zum einen waren die Reihen der französischen Vertreter eher dünn, da sich einige als Kandidaten im Präsidentschafts- bzw. Parlamentswahlkampf befanden. Außerdem führte das Wahlergebnis zu einigen Umstrukturierungen: so wurde der nicht wieder gewählte sozialistische Vorsitzende der französischen Nationalversammlung, Alain Barrau, durch den Abgeordneten der UMP, Pierre Lequiller, ersetzt. Die stellvertretende Anne-Marie Idrac, die François Bayrou während der Präsidentschaftswahl unterstützt hatte, musste ihren Platz für den Sozialisten Jacques Floch räumen. Pierre Moscovici wurde zwar von Jospin und Chirac nominiert, doch innerhalb des Konvents ist seine Zukunft keineswegs gewiss. Sein Platz könnte von Noëlle Lenoir besetzt werden, der neuen Ministerin für europäische Angelegenheiten.

Der zweite Grund liegt darin, dass, wie auch der Präsident des Konvents unlängst äußerte, die Mitglieder sollten sich anstelle ihre nationalen Interessen zu vertreten, an einer Grundsatzdebatte über die Zukunft Europas beteiligen. Allerdings führte der bisher eher allgemein gehaltene Charakter der Diskussionen während der Plenartagungen nicht zu konkreten Positionen der einzelnen Länder.

Stehen jedoch institutionelle Fragen auf der Tagesordnung, sind gewisse Spaltungen möglich, was die neue Ministerin für europäische Angelegenheiten offensichtlich nicht zu kaschieren versucht. In ihrem letzten Interview gab sie zu, dass Frankreich und Deutschland eine „unterschiedliche Auffassung von der Zukunft Europas" hätten. Entsprechend ihrer Rede vom März 2002 in Straßburg,[15] verteidigt die Ministerin den Gedanken eines durch den Europäischen Rat gewählten europäischen Präsidenten, während die Deutschen eher einen Kommissionspräsidenten vorziehen, der vom Parlament gewählt werden soll.[16] Kurzum, ganz gleich ob es sich um die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik oder die Reform der Institutionen handelt, Deutsche und Franzosen könnten ausreichend Stoff für interessante Diskussionen haben.

Anmerkungen

Übersetzt aus dem Französischen von Lisa Förster, M.A., Diplom-Übersetzerin, für Lisa's Office, München.

1. Rede von Lionel Jospin zur Zukunft eines erweiterten Europas am 28.Mai 2001, sowie Rede von Jacques Chirac in Straßburg am 6. März 2002 (unter: http://www.doc.diplomatie.gouv.fr/BASIS/epic/www/doc/SF).
2. Die drei Kandidaten der extremen Linken, die in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen angetreten waren (Besancenot, Gluckstein et Laguiller) erhielten insgesamt 10,44% der Stimmen.
3. Vgl. Reden von Lionel Jospin und Jacques Chirac, s. oben.
4. Rat für Allgemeine Angelegenheiten. Pressekonferenz des Außenministers Hubert Védrine (unter: http://www.doc.diplomatie.gouv.fr/BASIS/epic/www/doc/SF).
5. Bulletin Quotidien Europe, N° 8114, 16 Dezember 2001.
6. Europäischer Rat von Laeken. Gemeinsame Pressekonferenz des Staatspräsidenten Jacques Chirac und des Premierministers Lionel Jospin sowie des Außenministers Hubert Védrine am Ende des Europäischen Rats in Laeken. (unter: http://www.doc.diplomatie.gouv.fr/BASIS/epic/www/doc/SF).
7. Ebda.
8. Bulletin quotidien Europe, N° 8235, 19 Juni 2002.
9. Europäischer Rat von Sevilla. Pressekonferenz des Staatspräsidenten Jacques Chirac, Bulletin d'actualité vom 24.Juni 2002 (unter: http://www.doc.diplomatie.gouv.fr/BASIS/epic/www/doc/SF).
10. Eurobarometer 57, 2002 (http://europa.eu.int/comm/public_opinion/archives/eb/eb57/eb57_highlights_en.pdf).
11. Ebda.
12. Bericht zur Öffentlichen Debatte über die Zukunft Europas (verfügbar auf der Internetseite des französischen Außenministeriums, Außenpolitik, Zukunft Europas).
13. Delegation für die Europäische Union in der Nationalversammlung. Anhörung des Außenministers Hubert Védrine über die Zukunft der Europäischen Union, 9.Oktober 2001 (unter: http://www.doc.diplomatie.gouv.fr/BASIS/epic/www/doc/SF); Bulletin quotidien Europe, Nr. 8094, 19./20.November 2001.
14. Le Monde, 18 Dezember 2002.
15. Rede von Jacques Chirac, s. oben.
16. Gespräch der Ministerin für Europäische Angelegenheiten Noëlle Lenoir mit « Europe 1 », 8.Juli 2002 (unter: http://www.doc.diplomatie.gouv.fr/BASIS/epic/www/doc/SF).

Weiterführende Literatur

Cautrès, Bruno/Reynié, Dominique (Hrsg.): L'opinion européenne, Paris, Presses de Sciences Po/Fondation Robert Schuman, 2002.

Deloche-Gaudez, Floronce/Grossmann, Emiliano: France, in: Enlargement/Agenda 2000. Watch Nr 4/2002, Januar 2002 (www.tepsa.be, online verfügbare Dokumente).

Moscovici, Pierre. L'Europe, une puissance dans la mondialisation, Paris, Editions du Seuil, 2001.

Quermonne, Jean-Louis: L'Europe en quête de légitimité, Paris, Presses de Sciences Po, 2001.